



# RHEIN-SIEG JOURNAL

## Senjoren Union

CDU

### Ausgabe Juli 2020



#### Liebe Mitglieder der Senjoren-Union,

in Diskussionen über die "Werte" der CDU wird häufig gesagt, dass sich mit dem "C" in der CDU das "christliche Menschenbild" verbinde.

Sehr viel weiter ist man mit diesem Ansatz einer Definition allerdings nicht. Man kann das "C" nicht erklären, indem man auf "christlich" selbst Bezug nimmt. Damit

landet man im besten Falle bei einer Umformulierung. Ich fürchte, dass die spezielle Umformulierung "christliches Menschenbild" eher in die Irre führt, weil sie den Blick auf den Menschen richtet. Damit wird der Blick gerade dort verengt, wo eine wichtige Erweiterung aus christlicher Perspektive möglich ist und sich anbietet.

Es geht bei dem "C" eben nicht um ein christliches Bild vom Menschen - jedenfalls nicht nur. Es geht vielmehr um einen ganzheitlichen, auf Schutz und Bewahrung gerichteten Blick des Lebens. Ein Christ würde vielleicht von der individuellen Verantwortung für die Schöpfung sprechen, für sich selbst und für die Verbindungen der Menschen untereinander und mit ihrer Umwelt. Das ist es, was die CDU zu einer "konservativen" Partei macht. Daneben ist die Politik der CDU progressiv und auf Veränderung und Innovation gerichtet, z.B. durch ihr Eintreten für eine marktwirtschaftliche Ordnung, für unternehmerische Freiheit und eine interessengeleitete Außen- und Sicherheitspolitik.

"Christlich" im Namen der CDU bedeutet, dass es bei unseren Werten und bei der von uns geschaffenen und gestalteten Umgebung nicht nur um den Lebensstandard, nicht nur um materielle Umstände geht. Es geht also nicht in erster Linie um soziale Wohltaten, sondern um gelebte Solidarität, um soziale Verbindungen, um Zusammenhalt der Gemeinschaft, um die Natur und unsere Position in der Natur. Und es geht um das Verstehen der Welt, um eine Idee vom Sinn des Lebens, der sich nicht im

Materiellen erschöpft. Die Gegenposition hat am klarsten Karl Marx formuliert. "Religion ist das Opium des Volkes," schrieb Marx 1844, und weiter: "Die Aufhebung der Religion ... ist die Forderung seines wirklichen Glückes." Das - der Versuch, Leben auf die materiellen Lebensverhältnisse, die sog. "realen Produktionsverhältnisse" zu reduzieren - ist der politische Gegenpol, mit den bekannten fatalen Folgen.

Ich habe lange in China gelebt und gearbeitet. China hat sich unter Mao Zedong nach 1949 an die Marxsche Diagnose gehalten. Der Fokus auf die materiellen Verhältnisse hat sich auch nach Mao nicht geändert. Selbstverständlich ist der Aufbau der chinesischen Wirtschaft in den vergangenen vier Jahrzehnten eine gewaltige Leistung. Sie ist schlicht ein Segen für alle, die es ernst meinen mit der Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung. Und es ist, nebenbei gesagt, ein Segen für unsere eigene Wirtschaft.

Aber auch in China fragen die Menschen zunehmend, was die Reformerfolge außer Arbeit, Einkommen und Konsum für ihr Leben bedeuten. Was heißt es heute, Chinese zu sein? Was ist der Wert, was sind die Rechte des Individuums im Kollektiv? Was ist die Identität Chinas? Was ist mit der Partizipation der Menschen an der Gestaltung der Zukunft? Was ist mit der Natur, was mit den über Jahrtausende gewachsenen chinesischen Traditionen passiert? Ist die materielle Welt, die China sich in den letzten vierzig Jahren erarbeitet hat alles?

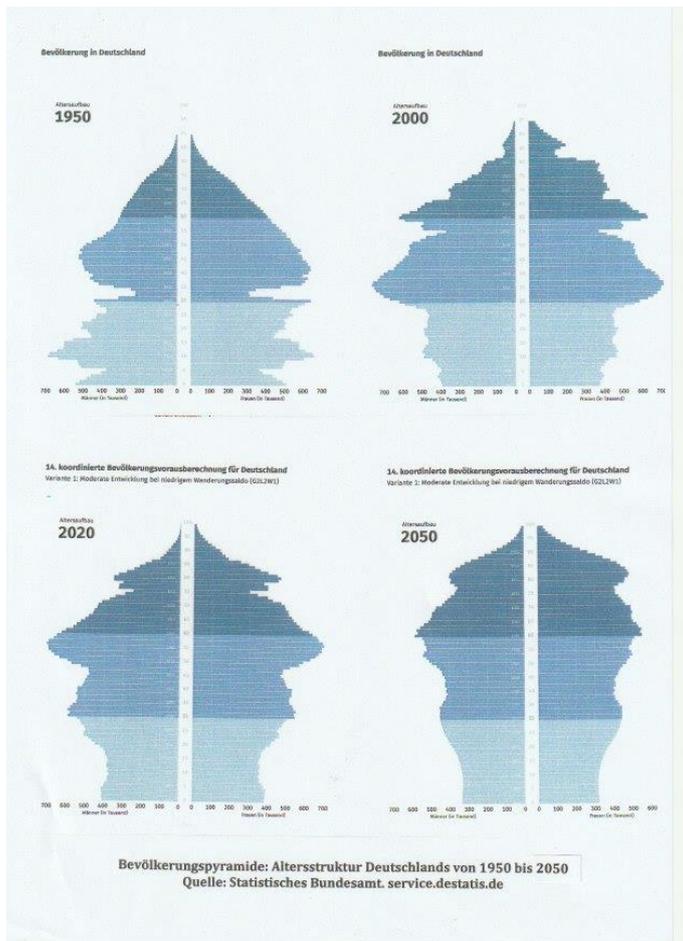
Zurück zum "C" in der CDU. Der Begriff "Christliches Menschenbild" verkürzt das Potential und das Versprechen der CDU. Das, was das "C" in der CDU uns gibt, reicht über den Menschen und seine materiellen Lebensverhältnisse hinaus. Das "C" gibt uns einen Kompass, der umso notwendiger ist, je unsicherer und unbekannter die Zukunft ist. Das "C" sagt uns auch, dass nicht alles machbar ist, was durchaus wünschenswert erscheint und ebenso, dass wir nicht alles (mit)machen müssen, was machbar ist. Und schließlich: Das "C" trennt uns nicht von Menschen anderen Glaubens. Wir teilen mit ihnen, bei allen Unterschieden, einen Blick, der über die materielle Welt hinausgeht.

Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren-Union Rhein Sieg Kreis

## Kommunalwahlprogramm 2020 und Senioren

In seiner Sitzung am 21. Mai 2020 hat sich der Geschäftsführende Vorstand der Kreis-Senioren-Union mit dem Entwurf des Flyers des CDU-Kreisverbands für die Kommunalwahl 2020 "Kurz & Knapp. Bilanz und Programm" befasst. Unser Ziel muss sein, die sich verändernden Bedürfnisse der älteren Mitbürger direkt und konkret adressiert werden.

Dies nicht zu tun, wäre erstens Realitätsverweigerung und zweitens ein Versäumnis, welches sich politisch auswirken kann.



Zur Realität gehören zwei Aspekte. Erstens beträgt im Jahr 2020 der Anteil der über 60jährigen in der Bundesrepublik 29%. Das bedeutet, dass die Bevölkerung heute schon grob aus drei Dritteln besteht: die Jüngeren unter 30 (Anteil: 30%), die heranwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft suchen und finden, die mittlere Altersgruppe 30 - 59 (Anteil: 41%), deren Fokus Familie und Erwerbstätigkeit ist, und das Drittel der über 60jährigen (Anteil 29%), welches aktiv sein Leben gestaltet. Bei einer Lebenserwartung von etwa 85 Jahren ist diese dritte Phase des Lebens schon heute deshalb fast genauso lang und genauso wichtig, wie die beiden früheren Lebensphasen.

Zweitens wächst nur der Anteil dieses dritten Drittels in der Bevölkerung. Die Zahl der über 60jährigen wird bis 2050 auf 37% zunehmen. Die anderen Altersgruppen nehmen ab: Die Jüngeren auf einen Anteil von 28%, das

mittlere Drittel auf einen Anteil von 35%. In den kommenden Jahren, schon lange vor 2050, wird also die Gruppe der über 60jährigen zur größten Bevölkerungsgruppe heranwachsen. Das ist genau die Altersgruppe, für die wir in der Senioren-Union stehen. Die gesamte Problematik der Altersversorgung mit allen ihren Aspekten hängt natürlich an diesen demographischen Fakten - das nur als Nebenbemerkung: Seniorenarbeit ist zukunftsgerichtet.

Diese fundamentalen Fakten, an der niemand vorbei kommt, zeigt sehr anschaulich die vorstehende Graphik. Abgesehen von den Bevölkerungsstrukturen in 2020 und 2050, auf die ich mich gerade bezogen habe, ist es auch wichtig, die Strukturen von 2000 und 1950 zu verstehen. Demographieentwicklung ist ein sehr langfristiger Prozess.

Man sieht die großen Veränderungen deutlich, vor allem wenn man 1950 mit 2050 vergleicht. Die immer noch anzutreffende Vorstellung einer "Bevölkerungspyramide", 1950 noch gut zu erkennen, ist schon lange nicht mehr angemessen, und längst durch eine urnenförmige Struktur mit einer immer kleiner werdenden Basis ersetzt. Man sieht etwa, dass 1950 noch über eine Million Kinder geboren wurden. Das ist stetig zurückgegangen. 2030 werden nur etwa 659 Tausend Kinder geboren. Am anderen, oberen Ende zeigt die Graphik, dass die über 60jährigen (dunkelblau eingefärbte Flächen) 1950 weniger als ein Sechstel (15%) ausmachten. Diese Altersgruppe macht 2050 mit 37% die größte der drei Altersgruppen aus.

Politisch wichtig ist nun, zu erkennen, dass die Bedürfnisse der älteren Bevölkerungsgruppe teilweise ganz andere sind als die der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies führt zu anderen Anforderungen, z.B. in den Bereichen Infrastruktur, Mobilität, Wohnformen, soziale Dienste, Konsumgüter, Betreuung und Gesundheit. Letzteres ist z. B. in der Corona-Krise ganz deutlich hervorgetreten.

Die grundlegenden Daten und Fakten und die veränderten Bedürfnisse müssen im Wahlprogramm der CDU ausdrücklich und prominent adressiert werden. Dies nicht zu tun, würde bedeuten, die Realität und ihre tiefgreifenden Folgen nicht zur Kenntnis zu nehmen, mit schwerwiegenden Folgen gerade im kommunalen Bereich, also der Lebensrealität der älteren Mitbürger.

Die Rahmenbedingungen für das Leben im Alter betreffen ja keineswegs nur diejenigen, die jetzt in dieser Altersgruppe sind. Sondern alle, wirklich alle, müssen ein Interesse daran haben, wie sie im Alter leben oder leben werden. Alter, auch hohes Alter, das wir alle gesund und aktiv erreichen wollen, ist unser aller Zukunft.

Noch ein Wort aus CDU Perspektive: Die Wahlergebnisse, wie etwa im Herbst 2019 die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg haben gezeigt, werden zunehmend von den Älteren getragen. Gerade für die CDU ist es deshalb imperativ, die Senioren in ihrem Wahlprogramm direkt anzusprechen.

Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren-Union Rhein-Sieg



Corona hat uns überrannt, eine Pandemie, die sich rasend schnell über alle Kontinente ausbreitet. Das neu identifizierte Coronavirus SARS-CoV-2 ist äußerst gefährlich, nicht nur weil die verursachte Erkrankung COVID-19 völlig untypisch verläuft, Infizierte bemerken zum Teil gar nicht, dass sie das Virus tragen und verbreiten, sondern auch weil sie viel mehr verursacht als „nur“ eine Lungenentzündung.

Die konsequenten Kontaktsperren und Hygienemaßnahmen haben geholfen, das Virus einzudämmen. Wir hatten keine rigiden Ausgangssperren wie in Italien und Spanien, wo die Menschen nicht für Sport vor die Tür dürfen und die Kinder wochenlang die eigenen vier Wände nicht verlassen durften.

Gegen das Virus gibt es noch kein Medikament und noch keine Impfung. Die Wissenschaftler arbeiten weltweit mit Hochdruck daran und es gibt ein paar Hoffnungsschimmer. Leider wird allerlei Unsinn von selbsternannten Experten zu angeblichen Medikamenten in Umlauf gebracht. Vitamin C hilft nicht auch kein Whiskey-Gurgeln etc. Bewegung an der frischen Luft ist grundsätzlich gut für das Wohlbefinden und zur Stärkung des Immunsystems. Es schützt aber nicht vor einer Infektion. Von Malaria-Mitteln und Desinfektionsmittel spritzen wird gewarnt.

Das einzige, was momentan schützt ist, Abstand halten und die immer wieder genannten Hygiene-Maßnahmen einzuhalten und auch der selbstgenähte Nase-Mund-Schutz.

Der viel gehörte Vergleich zu Grippetoten verharmlost eklatant die Gefahren dieses Virus. Statistiken zeigen sehr deutlich, dass dieses Virus eine enorme Übersterblichkeit in den Ländern verursacht hat, die bei weitem die jährlichen Grippetoten übertreffen - mit Ausnahme in Deutschland. Die rechtzeitigen Warnungen haben uns geholfen den Schrecken anderer Länder nicht erleben zu müssen.

Nun ist es irrig anzunehmen, die Krankheit betreffe nur uns Ältere. Die Fallzahlen des Robert Koch Instituts zeigen nur 17% aller Fälle sind 70 Jahre und älter, allerdings sind in dieser Gruppe 86% der Todesfälle, wobei nicht unterschieden wird, ob die Menschen an oder mit einer Corona-Infektion gestorben sind. In den Medien wirft man zwar erst jetzt aber endlich ein Augenmerk darauf,

wie es den genesenen, jungen Patienten geht. Es ist erschreckend: Auch Monate nach der Infektion sind die Personen schwach mit verringerter Lungen- und Herzleistung.

Die Medien bearbeiten das Thema gerne nach dem Motto „bad news are good news“. Es wäre wünschenswert, wenn hier mehr Wissenschaftsjournalisten zu Wort kämen. Wohltuend ist hier der regelmäßige Podcast mit Prof. Drosten, der klar benennt, was man weiß, noch nicht weiß und nicht sicher weiß. Und er fordert die wissenschaftliche Diskussion ein. Empörend ist das Verhalten der BILD, die meint Wissenschaft grundsätzlich diskreditieren zu können. Doch wir sind gut gefahren auf die Wissenschaft zu hören.

Wo bleiben die Berichte, was wir gut hinbekommen? Alles hat zwei Seiten, sogar Corona: Das alte Wort „Not macht erfinderisch“ erfährt eine Renaissance. Einfallreich werden kulturelle Angebote über via Internet gemacht. Virtuelle Museumsbesuche werden angeboten. In der Natur sieht man viele Familien, die draußen gemeinsam etwas unternehmen. Hoffentlich hat das Auswirkungen auf unser doch im Allgemeinen sehr mangelhaftes Verständnis von Natur, vielleicht bewegt sich dann nach Corona mehr in Richtung Klimaschutz.

Die Wirklichkeit ist, dass unsere Regierung uns so erfolgreich durch die Gefahr führt, bei aller Kritik was man noch besser machen könnte. Die katastrophalen Ereignisse in Spanien und Italien und neuerdings in Brasilien und den USA zeigen, wie es auch aussehen könnte. Noch gar nicht auszudenken, was Corona in den Slums Asiens, Afrikas und Lateinamerikas anrichten wird und in den Flüchtlingslagern.

Annette Eichendorf, Stellvertr. Vorsitzende der Senioren Union Rhein Sieg

### Stillstand in der Außen- und Sicherheitspolitik

In der Zeit der Corona-Krise waren wir alle mit den Gedanken bei dieser gigantischen Herausforderung für unsere Gesellschaft. Nur wenig Raum blieb für die Beschäftigung mit anderen Themen.

Ich habe mich gezwungen, über ein anderes Thema nachzudenken, das mich vor der Corona-Krise schon beschäftigt hat: das Stottern im deutsch-französischen Motor der Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU), die keinen Stillstand verträgt.

Schon die mehr als zurückhaltende Reaktion der Bundesregierung auf die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten im vergangenen Jahr konnte ich nicht verstehen, gehört doch der konstruktive Dialog mit Partnern zu dem einzig erfolgversprechenden Mittel der Diplomatie.

Doch die Verweigerung des Dialoges gehört nun wohl bedauerlicherweise zum bevorzugten Instrument der Bundesregierung auf der europäischen Ebene, zumindest was die Diskussion um die Weiterentwicklung der EU angeht. Die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres hat das wieder gezeigt. Präsident Macron hatte erneut eine stärkere Kooperation in der

Verteidigung Europas angemahnt und seine Bereitschaft zu einem „strategischen Dialog“ unter Einschluss der Rolle der französischen Nuklearstreitkräfte angeboten. Die deutsche Reaktion auf dieses Angebot seitens der Verteidigungsministerin war unzureichend. Mit dem Hinweis: „Wir sollten nicht nur unsere Schwächen beschreiben..., sondern etwas tun“, spricht sie zwar das Richtige aus, aber sie verweigert eine konkrete Annahme des strategischen Dialoges. Das verwundert schon, denn sie weiß, dass die Frage der deutschen „Nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO als wichtigen Element der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Bündnis endlich ist: Mit der beabsichtigten Außerdienststellung des Waffensystems Tornado – voraus-



Wolfgang Döring

sichtlich in den nächsten Jahren – verliert Deutschland das Mittel, das bisher in der NATO die Nukleare Teilhabe sichergestellt hat. Zwischenzeitlich gibt es im Verteidigungsministerium Überlegungen zur Ablösung des Tornado durch ein amerikanisches Flugzeugmuster, was verständlich ist, aber kein Ersatz für den Dialog mit Frankreich.

Ich weiß, dass die Politik nicht gerne über Sicherheits- und Verteidigungspolitik, erst recht nicht über Nuklearpolitik, in der Öffentlichkeit diskutiert, aber eine Vogel-Strauß Haltung ist keine vernünftige Reaktion auf eine bedeutsame Herausforderung.

Der strategische Dialog zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas, wie ihn Emmanuel Macron gefordert hat, sollte von der Bundesregierung nicht weiter verweigert, sondern aktiv geführt werden. Immerhin gibt es zur Bewältigung der Corona-Folgen eine deutsch-französische Initiative für die EU.

Wolfgang Döring, Stellvertr. Vorsitzender der Senioren Union Rhein Sieg

### Wirtschaft braucht Solidarität der Bürger

Die verheerenden Auswirkungen der Maßnahmen zur Kontrolle der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft sind über die Osterfeiertage mit Macht in den Vordergrund getreten. Neben schrittweiser Lockerung und staatlichen Stützungsmaßnahmen für bedrohte mittelständische Unternehmen und Arbeitsplätze ist jetzt vor allem Solidarität aller Bürger mit kleinen Geschäften in den Innenstädten dringender denn je gefordert.

In der Finanzkrise 2009 betrug die höchste Zahl neuer Anträge auf Arbeitslosengeld innerhalb einer Woche in den USA 660 Tausend. In Deutschland meldeten rund 25.000 Unternehmen Kurzarbeit an. Die entsprechenden Zahlen in der derzeitigen Corona-Krise sind 6,6 Mil-

lionen bzw. 477 Tausend. Das bedeutet, dass der aktuelle Einbruch der Wirtschaft rund zehn- bis zwanzigmal so schwerwiegend ist wie in der Finanzkrise. Der zunehmend herangezogene Vergleich ist jetzt schon die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre.



Die Maßnahmen gegen die unkontrollierte Verbreitung der Infektion sind eine reale Bedrohung für die mittelständischen Strukturen unserer Kleinstädte und Gemeinden. Jeder Spaziergang in die Innenstädte zeigt etwas, dass wir seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr erlebt haben. Die Straßen sind leer und leise, die meisten Läden geschlossen. Menschen stehen in Schlangen vor den wenigen Geschäften, die Grundprodukte anbieten dürfen. Die Schulen sind geschlossen. Niemand sitzt bei schönstem Sonnenschein in den Cafés und Restaurants. Die Spielplätze sind mit rot-weißem Plastikband abgeriegelt. Abends ist absolut nichts mehr los.

Das wirtschaftliche und soziale Leben - nicht zu reden vom kulturellen und religiösen Leben - ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Das aktuelle Straßenbild gibt eine düstere Ahnung davon, dass das Überleben sehr vieler Unternehmen und Geschäfte und damit der Zentren gerade der kleinen Städte auf dem Spiel steht. Im Klartext: Wenn diese einmal verschwunden sind, dann wird es schwer, vielleicht unmöglich sein, sie neu zu schaffen.

Gerade auch älteren Mitbürgern bereiten die gegenwärtigen Beschränkungen des normalen wirtschaftlichen Lebens Probleme. Gewohnte Geschäfte sind geschlossen und der vielfach angebotene Lieferservice ist für viele schwierig. In langen Schlangen bis auf die Straße zu stehen ist für gehbehinderte Senioren ein weiteres praktisches Problem. Die ohnehin für Ältere wichtige Verfügbarkeit von Taxis und Bussen ist weiter eingeschränkt. Besonders schwerwiegend dürfte auch der Zusammenbruch des sozialen Zusammenlebens in Cafés sein, wo es vielleicht weniger auf das Stück Kuchen und die Tasse Kaffee ankommt, und mehr auf den Kontakt mit anderen, mit Angehörigen, mit Freunden.

Es ist sicher richtig, dass die Politik entschlossen gehandelt hat. Durch rigorose Einschränkungen ist das Bewusstsein für die große Gefahr durch das Virus entscheidend geschärft worden. Die Maßnahmen sind angenommen worden und werden weitgehend unterstützt. Die

Erfolge sind mittlerweile an den Infektionsstatistiken deutlich messbar.

Man darf davon ausgehen, dass mit dem beispiellosen Zusatzaushalt staatlicher Hilfen ("Bazooka") die persönlichen Bedürfnisse und die kurzfristige Zahlungsfähigkeit von gesunden Unternehmen und deren Arbeitsplätze ein paar Wochen, vielleicht auch zwei Monate gesichert werden können.

Aber staatliche Finanzhilfen helfen wenig, wenn wenig, wenn Vertrauen und Zuversicht fehlen. Decken die Einnahmen noch die quasi-fixen, unvermeidbaren Kosten (Personal, Mieten, Zinsen, Gebühren)? Macht es Sinn, neue Arbeitskräfte einzustellen? Investitionen vorzunehmen? Was passiert mit dem Wert von Unternehmen, die an neue Besitzer weitergegeben werden sollen? Wie sehen junge Unternehmensgründer ihre Zukunft? Wollen wir in einigen Wochen den Anfang einer Welle sehen, in der Schilder "Ladenlokal zu vermieten" die Geschäftszeilen in den Kleinstädten säumen? Wollen wir noch mehr 2\$-Läden, noch mehr Secondhand-Shops?

Es ist falsch, ein einziges Ziel über alle anderen Ziele zu stellen. Das tun wir auch sonst nicht. Wir beschließen wegen des Klimawandels den Kohleausstieg - aber so, dass die betroffenen Regionen nicht in Hoffnungslosigkeit versinken. Wir nehmen in der Not Flüchtlinge auf - aber so, dass das Bedürfnis der Bevölkerung nach Ordnung berücksichtigt wird. Alle Maßnahmen brauchen, wie die Bundeskanzlerin sagt, Maß und Mitte.

Dagegen konnte man in den letzten Wochen des Öfteren hören und lesen, "wirtschaftliche Interessen" müssten zurückstehen. Mit Verlaub: das ist ein schlimmes Missverständnis dessen, worum es bei der Wirtschaft geht. Es geht nicht um "wirtschaftliche Interessen" weniger, die gefälligst warten müssen, bis die wirklich wichtigen Ziele der "Gesellschaft" erreicht bzw. gesichert sind. Es geht um "wirtschaften" als zentrale Aktivität des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Es geht um das, womit jeder Haushalt, jeder Arbeitnehmer, jeder Bauer, jeder Krankenpfleger, jeder Lehrer, jeder Handwerker, jeder Künstler, jeder Gastwirt - insgesamt 43 Millionen Menschen in Deutschland - acht und mehr Stunden am Tag, den allergrößten Teil der Zeit verbringt und verbringen muss.

Wirtschaften ist deshalb keine Nebensache, die wir uns hoffentlich bald wieder leisten können. Wirtschaftliche Aktivität ist die Kraftquelle, der Maschinenraum der Gesellschaft. Im Besonderen gilt auch, dass nur durch erfolgreiches Wirtschaften Bund, Länder und Gemeinden die Kraft haben, in einer bedrohlichen Situation wie der gegenwärtigen das Gesundheitssystem zu stützen und massiv auszubauen.

"Lockerung", die NRW Ministerpräsident Laschet plant, bedeutet deshalb nicht nachlassende Wachsamkeit oder gar Leichtsinn, sondern höhere Komplexität im Maßnahmenbündel und ein vorsichtiges Herantasten an Lösungen.

In dieser Situation sind wir alle zu umfassender Solidarität aufgerufen - Solidarität mit der Gesundheit der Men-

schen und mit deren wirtschaftlichen Tätigkeiten. Im Bereich der Gesundheit scheint das gut zu gelingen. Bei der Wirtschaft scheint dagegen die Meinung verbreitet, der Staat werde sich darum schon zu gegebener Zeit kümmern.

Das wäre nicht weniger fatal wie Zögerlichkeit bei den gesundheitsschützenden Maßnahmen. Solidarität ist auch in Bezug auf die wirtschaftliche Dimension des Lebens dramatisch gefragt.

In den kleineren Städten bedeutet dies, die kleinen, lokalen Geschäfte zu unterstützen, Schlangestehen in Kauf zu nehmen, das begrenzte Angebot zu akzeptieren, und auch mal höhere Preise als beim Großeinkauf zu zahlen. Dadurch signalisieren wir unser grundlegendes Interesse an lebendigen Innenstädten. Wir sagen den lokalen Geschäftsleuten und den zahllosen Fachkräften und Verkäufern, dass wir an sie denken und mit ihnen durch die Krise kommen wollen. Und wir helfen mit, dass die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kleinen Geschäften jetzt und in der Zukunft von ihrer Hände Arbeit, nicht von Sozialhilfe, ihre Familien ernähren können.

Prof. Dr. Rolf D. Cremer, Kreis-Vorsitzender der Senioren-Union Rhein-Sieg

### **Corona - Lehrerbashing oder Chance für mehr Wertschätzung?**

Ja, es gibt Lehrer, die sich in der Corona Zeit einen schlanken Fuß machen. So, wie es sicher auch in anderen Berufen und Lebenssituationen Trittbrettfahrer und sich wenig verantwortungsbewusst verhaltende Menschen gibt. Aber bitte, und hier mit Blick auf die Lehrer, ist es nicht fairer und der Realität angemessener mehr Wertschätzung für die vielen zu zeigen, die sich mit Liebe zu ihren Schülern in die Arbeit reinhängen und alles tun, was irgendwie möglich ist? Die einfallsreich Fernunterricht per Computer durchziehen. Die regelmäßigen Telefonkontakte zu Ihren Schützlingen halten. Die Adressen der Schüler aufsuchen, zu Fuß oder mit dem Auto, um ihnen Aufgaben und Arbeitspläne zukommen zu lassen, so dass auch Kinder ohne Internet-Anschluss Chancen haben. Die Kosten zahlen die Lehrer aus ihrem Portemonnaie.



Die Eltern beklagen sich über Lehrer, die in diesen Zeiten keinen guten Unterricht machen. Wie motivierend ist es für einen Lehrer, wenn er immer wieder hört und

liest, dass die Schulen versagen und Lehrer nichts leisten, wenn er selbst mit Elan und Zeitaufwand versucht die Kinder zu unterrichten. Das ist genauso motivierend wie die jahrzehntelange Beschimpfung von Lehrern als faule Säcke (das war mal ein Bundeskanzler!) und mit morgens recht und nachmittags frei und überhaupt endlose Ferien.

#### *Rahmenbedingungen*

NRW hat 2006 „selbständige Schule“ eingeführt, eigentlich eine gute Idee mit der die Eigenverantwortung gestärkt werden sollte. Aber den Schulleitern wurde alles aufgebürdet und man hat vergessen, dass sie Fächer und Pädagogik studiert haben und nicht Verwaltung und Rechnungswesen. Und nun mangelt es an Schulleitungen, weil kaum einer die Bürde schultern will. Seit März 2006 gibt es mit STELLA eine Stellenbörse für Schulleitungsstellen im Internet, die regelmäßig zwischen 300 und 400 offene Beförderungsstellen aufweist! Viele Schulen werden kommissarisch geleitet und nur das Notwendigste wird gemacht.

Und was sind die Rahmenbedingungen? Die Schulen sind schlecht ausgestattet. Viele Schulen haben nur ein paar Computer, die große Firmen abgestoßen haben - ist billiger! Die Lehrer müssen sich ihren Computer selber kaufen, anders als in Betrieben wird ihnen hier vom Arbeitgeber nichts zur Verfügung gestellt. Und wenn sie ihren privaten PC nutzen, bewegen sie sich in einer rechtlichen Grauzone, denn eigentlich dürfen sie ihren privaten PC für Schulzwecke nicht nutzen. Schule ist mehr als Wissensvermittlung?

Bei allem Lehrerbashing wird übersehen, was Lehrer neben dem Vermitteln von Stoff noch leisten. Sie fangen auf, was zuhause zu oft nicht mehr geleistet wird. Häufig sind Eltern nicht fähig oder nicht willens ihre Kinder zu erziehen und überlassen das den Schulen. Die Defizite, die zu Hause entstehen, auch die emotionale Verwahrlosung in allen Schichten unter der viele Kinder leiden, können nicht in der Schule wett gemacht werden! Wo ist die Verantwortung der Eltern, wenn in einem Schuljahr 54.000 Schüler keinen Hauptschulabschluss erhalten, auch weil sich Eltern nicht um die Schulpflicht scheren? Chance für Umdenken Gott sei Dank bessert sich es. Es scheint, zumindest in den Medienberichten, dass viele Eltern in der Corona-Krise erleben, dass sie selber selbst mit einem oder zwei Kindern zu Hause überfordert sind, wenn die Kinder etwas lernen sollen. Das soziale Ansehen eines Lehrers war tief unten. Im PISA Vorzeige Land Finnland hat der Lehrer ein hohes gesellschaftliches Ansehen, die Besten werden Lehrer.

Annette Eichendorf, stellvertretende Vorsitzende der Senioren Union des Rhein Sieg Kreises

#### **Niederkasseler Senioren-Union beim politischen Aschermittwoch**

Trotz turbulenter Zeiten für die CDU machten sich 34 Mitglieder auf den Weg ins winterliche Kirchveischede zum politischen Aschermittwoch, um die aktuellen und grundsätzlichen Aussagen des Landesvaters, Ministerpräsident Armin Laschet, zu lauschen.

Die Veranstaltung fand wegen der Aktualität in der CDU ein besonderes Medieninteresse. Pünktlich, trotz Demonstration durch die Landwirte der Region, betrat der Landesvater unter den Klängen des Marsches „Preußens Gloria“ den prall gefüllten Saal. Der Kreisvorsitzende Jochen Ritter begrüßte die anwesende politische Prominenz vom Minister Wüst bis hin zur Staatssekretärin und Kreisvorsitzende Rhein/Sieg, Lisa Winkelmeier-Becker und den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag, Bruno Löffgen.



#### *Niederkasseler Senioren-Union beim politischen Aschermittwoch*

Mit einer feurigen, emotionsgeladenen Rede nach bayrischem Vorbild stimmte der Generalsekretär der Landes-CDU, Josef Hovenjürgen, die Teilnehmer auf den Hauptredner ein und dann trat der Ministerpräsident an das Rednerpult. Als erstes berichtete er über die überwiegend geräuschlose aber erfolgreiche Arbeit der schwarz/gelben Regierung mit all ihren Erfolgen in Innerer Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, aber auch über die problembehaftete Energiepolitik. Es sei ein gewagter, quälender aber notwendiger Schritt durch den Ausstieg aus Kern-, Kohle- und Braunkohle hin zu erneuerbaren Energien mit all seinen Problemen. Er betonte auch die freundschaftliche Zusammenarbeit der Koalition ohne auf einen Seitenhieb auf die ideenlose Opposition hinzuweisen. Der Kern seiner mehr als 30-minütigen Rede, in der er launig und manchmal heiter die Probleme der Tagespolitik darstellte, war aber der ernsthafte Wille dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft wieder zusammengeführt werden müsse. Rechte Hasstiraden, ausgelöst durch die politische Wortwahl der AfD führen zu schwerer, nicht hinnehmbarem Gewalt.

Er erklärte es so: „Zuerst sind es die Gedanken, dann kommt die Sprache dazu, und es mündet in den Taten.“ Bei aller Unterschiedlichkeit der Ängste und Vorbehalte der Bürger sollte faktisch erwähnt bleiben, dass wir Deutschen seit 75 Jahren in Frieden mit ständig steigendem Wohlstand leben. Auch bedingt durch den Industriestandort Deutschland und NRW. Geborene Pessimisten halten die Industrie klein, die es gelte zu enttarnen, denn wir dürfen bei der industriellen Entwicklung nicht abgehängt werden. Das war eine eindeutige Positionierung für den Industriestandort NRW.

Mit seiner Positionierung unterstrich er seinen Willen, mit der CDU die Kraft zur Gestaltung deutlich zu machen und dabei alle Demokraten mitzunehmen. Er stellt

klar, dass politische Gestaltung in einer Demokratie die Kompromissfähigkeit zu politischer Kultur gehöre. Durch sachgerechte, pragmatische Politik und gute Argumente könne die derzeitige Spaltung in unserer Gesellschaft überwunden werden.

Durch Zuhören verbinden und dann das Richtige machen, so stellt er sich sein künftiges Handeln vor. Bemerkenswert und fair, dass er mit keinem Satz die derzeitige Situation um Richtung und Ausrichtung der bewerbenden Kandidaten für den Vorsitz der CDU erwähnt hat. Minutenlang stehender Applaus beendete seine gekonnte, pointierte und humorvoll gestaltete Rede. Nach dem Schlusswort des parlamentarischen Staatssekretärs, Klaus Kaiser, wurde die Veranstaltung mit Absingen der Nationalhymne beendet und zum anschließenden „Fischessen“ eingeladen.

Zufrieden, mit vielen Eindrücken und Optimismus für die nächste Zeit traten die Senioren den Heimweg nach Niederkassel an.

Volker Hoffmann, Senioren Union Niederkassel

## Konrad Adenauer und die europäische Integration

Die diesjährigen Veranstaltungen der Senioren Union Neunkirchen-Seelscheid stehen unter dem Motto „Die Zukunft EUROPAS“.

Vor vielen Mitgliedern und Gästen eröffneten wir am 4. Februar unsere Vortragsreihe in der Lounge Bowling in Seelscheid mit einem Rückblick auf den Beginn der europäischen Integration.



Dr. C. Beckmann

Herr Dr. C. Beckmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad - Adenauer - Stiftung, sprach zum Thema „Konrad Adenauer und die europäische Integration“. Der sehr interessante, kurzweilige Vortrag zeigte die verschiedenen Stationen der europäischen Einigung auf und die bedeutende Rolle, die Konrad Adenauer dabei einnahm.

Schon 1946 hatte W. Churchill in Zürich die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert. 1951 erfolgte der erste Schritt zur europäischen Integration durch die Gründung der Montanunion. Sie basiert auf dem Plan des franz. Außenministers R. Schuman (Schumanplan), der entwickelt wurde vom franz. Unternehmer J. Monnet, dem „Gründervater Europas“. J. Monnet, R. Schuman, A. De Gasperi und Konrad Adenauer waren die treibenden Kräfte, die diesen Plan durchsetzten. Zur Montanunion, der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) gehörten: B, D, F, I, Lux, NL. Ein Hauptmotiv zur EGKS-Gründung war die Versöhnung zwischen D + F, nach den vielen kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrhunderte. 1957 wurde die EGKS in die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) überführt.

Diese Institutionen waren rein wirtschaftliche Vereinigungen. Alle Beteiligten wollten aber eine wirtschaftliche und politische Vereinigung Europas. Als pragmatischer Demokrat war K. Adenauer ein unermüdlicher Verfechter dieses Ziels. Es gibt viele visionäre Aussagen Adenauers, die bis heute noch nicht erfüllt sind. Ihm war klar, dass viele Dinge in Europa nur gemeinsam zu erreichen sind. Die „Selbstbehauptung Europas“ war sein großes politisches Ziel.

Es war ein hervorragender Vortrag, über eine Zeit und eine herausragende politische Persönlichkeit, die wir miterlebten und die wir gut erinnern.

Karl-Heinz Hemmer, Senioren Union Neunkirchen-Seelscheid

## Senioren Union Hennef im Arp Museum

Am 27. Februar 2020 besuchte die Senioren Union Hennef mit 40 Personen das Arp Museum in Rolandseck, das aus dem historischen Bahnhof und einem modernen Bau besteht. Der Schwerpunkt der Fahrt lag dabei auf der Sonderausstellung „Die vier Elemente“. Sie widmet sich der Frage: Was hält Mensch und Welt zusammen.

Schon vor rund 900 Jahren sagte Hildegard von Bingen „Im Menschen sind Feuer, Luft, Wasser und Erde, und aus ihnen besteht er. Vom Feuer hat er die Wärme, von der Luft den Atem, vom Wasser das Blut und von der Erde den Körper.“ Damit wollte sie den Menschen verdeutlichen, wie eng Mensch, Umwelt, Leib und Seele in Verbindung stehen.

Die Ausstellung begibt sich zu dem Thema auf eine Spurensuche durch die Kunstgeschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart und fragt nach dem Gleichgewicht zwischen diesen Uressenzen. Das tagesaktuelle Krisenthema des Klimawandels wird im historischen Zusammenhang dargestellt. Den meisterhaften Kunstwerken der Sammlung Rau sind 20 preisgekrönte Fotografien internationaler Starfotografen gegenübergestellt, auf denen Menschen gezeigt werden, die in extremen klimabedingten Verhältnissen weitab von unserer Wohlfühlzone leben.



Aber nicht nur der Besuch der Ausstellung lohnt sich, sondern auch die gesamte Anlage des Museums fasziniert. Der dreigeschossige Neubau erinnert an eine moderne, weiße Rheinburg, aber nicht wehrhaft und abweisend sondern als offener und einladender Ort der Kunst. Der amerikanische Stararchitekt Richard Meier hat hier eine einzigartige Verbindung zwischen historischer und zeitgenössischer Architektur geschaffen. 2007 wurde

der heutige Komplex des Arp Museums aus Alt- und Neubau eröffnet. Das klassizistische Bahnhofsgebäude von 1856 ist durch einen imponierenden Tunnel mit dem Ausstellungspavillon auf der anderen Seite der Gleise verbunden. Am Ende des Tunnels tritt man ins Licht. Die Decke ist verglast und bietet Ausblicke in den Himmel und die Landschaft. Die Öffnung nach außen ist eines der wesentlichen Merkmale von Richard Meiers Architektur. Durch große Glasfronten integriert er die Umgebung wie Landschaftsbilder in den Raumeindruck. Ein gläserner Aufzugsturm führt mitten durch den Hang nach oben, wo sich ein wunderbarer Blick auf den Rhein und das Siebengebirge eröffnet.

Nach der Führung durch die Ausstellung und den Gebäudekomplex lockte das Restaurant im Festsaal des alten Bahnhofs zum Mittagessen, wobei die gewonnenen Eindrücke viel Gesprächsstoff bildeten.

Malu Krawutschke, Senioren Union Hennef

### Michael Boldt zu Gast bei der Senioren Union Wachtberg

Der Vorsitzende Reinhard Hertz der Senioren Union Wachtberg begrüßte sehr herzlich den neuen Vorsitzenden der CDU Wachtberg, Michael Boldt, der trotz seines engen Zeitplans der Einladung der Senioren Union Wachtberg gefolgt war.



Mit Spannung verfolgten Vorstand und die zahlreich erschienenen Mitglieder der Senioren-Union im Hotel Dahl die Ausführungen ihres Gastes. Aufgewachsen in Ließem, wohnt er mit seiner Familie in Pech und ist seit langem in der Gemeinde politisch engagiert – kurz, er kennt die Belange der Gemeinde Wachtberg, mit der er tief verwurzelt ist, wie die sprichwörtliche ‚Westentsche‘. Für die Anwesenden war alles von großem Interesse – sein persönlicher und beruflicher Werdegang, die Pläne für seine Amtsführung und natürlich nicht zuletzt die politischen Weichenstellungen zur bevorstehenden Kommunalwahl, für die Michael Boldt die CDU gut gerüstet sieht. In der anschließenden lebhaften und fachkompetenten Diskussionsrunde wurden zahlreiche angeschnittene Themen nochmals vertiefend erörtert. Zum Abschluss dankte Michael Boldt der Senioren Union für ihren politischen Rückhalt, das Interesse und Engagement. Es sei wichtig, dass alle Mitglieder der CDU Familie Wachtbergs sich gegenseitig unterstützen und zum Wohle der Gemeinde ergänzen, betonte Boldt. Angelika Wichert, Senioren Union Wachtberg

### Vorstand der Senioren-Union Wachtberg erhält bei seiner Neuwahl weibliche Verstärkung



*Vorstand der Senioren Union Wachtberg*

Die Mitgliederversammlung 2020 der Senioren-Union Wachtberg (SU) mit Neuwahlen fand am 15.01.2020 im Hotel Dahl statt. Mehr als 50 Prozent der Mitglieder hatten den Weg nach Niederbachem gefunden. Der Vorsitzende Reinhard Hertz erläuterte ausführlich die Aktivitäten in 2019 und den erfreulichen Anstieg der Mitgliederzahl in den letzten 12 Monaten, Schatzmeister Dr. Dieter Braun und die Kassenprüfer Felicitas Dallinger und Georg Weber gaben einen Rechenschaftsbericht zur finanziellen Lage der SU. Danach standen insbesondere die Neuwahlen des Vorstandes, der Vertreter der SU für die Kreisdelegierten-Versammlung und der Terminausblick für dieses Jahr im Fokus.

Der amtierende Vorsitzende der SU Wachtberg, Reinhard Hertz, wie auch sein Stellvertreter Werner Thiele wurden erneut einstimmig in ihren Positionen von den Anwesenden bestätigt. Schatzmeister Dr. Dieter Braun, Beisitzer Karl Schmitz und die Kassenprüfer bedankten sich ebenfalls für den wiederholten Vertrauensbeweis. Bei den Wahlen zu den Beisitzern des Vorstandes erhielt die SU Wachtberg willkommene Verstärkung. Gleich zwei Frauen, Dr. Angelika Pick und Angelika Wichert, beide aktive CDU-Mitstreiterinnen, stellten sich als Kandidatinnen vor. Sie erhielten auf Anhieb das einstimmige Votum der anwesenden Mitglieder und freuen sich auf eine gute und konstruktive Mitarbeit.

Angelika Wichert, Senioren Union Wachtberg

#### Impressum

Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion : U. Koch, Rolf D. Cremer, W. Döring, A. Eichendorf, H, Moos-Müller.

Beiträge an Dr. Uwe Koch, E-Mail: koch.neunkirchen@gmx.de

V.i.S.P. : Rolf D. Cremer